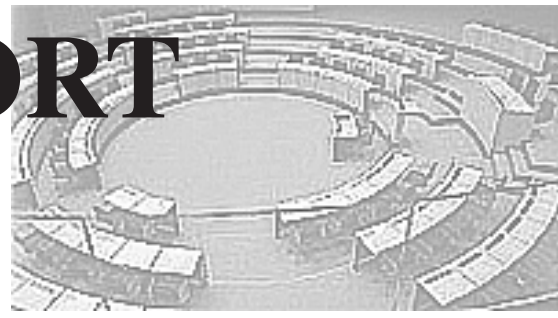


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im
Thüringer Landtag



Sparvorschläge, die unsozial und vor allem wider jede Vernunft sind

Vehementer Widerstand gegen Forderungen nach Streichung des Landesarbeitsmarktprogramms

Sollten es sich „bestätigen, dass die Landesregierung das Landesarbeitsmarktprogramm zur Disposition stellt, wäre das ein empörender Vorgang und ein schwerer Schlag gegen Langzeitarbeitslose und Projekte zu ihrer Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt“, so die LINKE-Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld nachdem die Junge Union und die FDP mit entsprechenden Kürzungsvorschlägen in die Öffentlichkeit gegangen waren. „Dieses lange geforderte Programm dem Regierungs-Sparwahn zu opfern, ist nicht nur vollkommen unsozial, sondern vor allem wider jede Vernunft.“ Würden die Pläne tatsächlich umgesetzt, würde das Land 15 Millionen Euro einsparen.

Auch wenn das Programm nach Auffassung der LINKEN nicht weit genug geht und seine Wirkung begrenzt ist, ermöglicht es doch Menschen, die jahrelang auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hatten, einen Wiedereinstieg. Daher darf ein so wichtiges Instrument der Arbeitsmarktpolitik „nicht zum Gegenstand politischen Pokerns“ gemacht werden, protestierte die Arbeitsmarktpolitikerin mit Blick auf die hier vor allem betroffenen Jugendlichen, Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile langzeitarbeitslos sind, und insbeson-

dere auch ältere Arbeitslose.

DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert seit langem die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors in Thüringen, die Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, gekoppelt mit existenzsichernden Löhnen.

Integrationsstellen endlich sichern

„Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm, der Bürgerarbeit und dem Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds verfügt Thüringen über eine Palette von Instrumenten, die durchaus zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und damit auch zur Verhinderung von Armut beitragen können“, betonte Ina Leukefeld und forderte die Landesregierung auf, diese Möglichkeiten effizient und sinnvoll zu nutzen. Dazu gehört auch, dass die auf der Grundlage des Landesarbeitsmarktprogramms errichteten Integrationsstellen nach mehr als einem Monat endlich ihre Zuwendungsbescheide erhalten, damit sie planungssicher arbeiten können.

„Die Streichung des Landesarbeitsmarktprogramms wäre eine Katastrophe für den Thüringer Arbeitsmarkt und weiteres Indiz für eine verfehlte

Arbeits- Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Regierungskoalition“, erklärte die Landtagsabgeordnete und wurde in ihrem Protest auch vom wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Dieter Hausold, unterstützt: „Die Abschaffung des erst im Mai beschlossenen Landesarbeitsmarktprogramms wäre angesichts der steigenden Fachkräftenachfrage, des sich weiter verschärfenden Armutsrisikos, sich verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit und der weiteren Ausbreitung des Niedriglohnssektors in Thüringen eine verheerende Fehlentscheidung.“

Auch die Südthüringer Industrie- und Handelskammer hatte sich gegen das Programm ausgesprochen und der Landesregierung vorgeworfen, damit Geld zu verschwenden. Das Programm sei „in weiten Teilen redundant zu den Angeboten der Agentur für Arbeit“, hatte der IHK-Hauptgeschäftsführer Ralf Pieterwas erklärt und die neu geschaffenen Integrationsprojekte als eine „ureigene Aufgabe der Arbeitsagentur“ bezeichnet. Die Bundesagentur für Arbeit spare „damit Geld zulasten der Thüringer Landesfinanzen.“

Zu denen, die gegen diese Kürzungsdiskussion protestierten, gehörten übrigen auch führende SPD-Kommunalpolitiker. ■

AKTUELL

Geplanter Anschlag zeigt Nazi-Gewaltbedrohung

Wie erst am 17. September bekannt und durch die Staatsanwaltschaft bestätigt wurde, haben Staatsschützer der Polizei im Juli einen Brandanschlag auf einen Bus in Saalfeld verhindert, der von der LINKE-Landtagsabgeordneten Katharina König, die hier ihr Wahlkreisbüro hat, häufig genutzt wird. Mit Bestürzung reagierte namens der Linksfraktion Bodo Ramelow. Er betonte Solidarität und Unterstützung für die engagierte Sprecherin für Antifaschismus. Der vereitelte Anschlag gehe „deutlich über alles Bisherige hinaus und ist Ausdruck einer erschreckend angewachsenen Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene“, so der Frak-

tionschef, der den verstärkten Einsatz von Polizei und Ermittlungsbehörden würdigt. Er sprach von einer „neuen Qualität der Neonazi-Angriffe“ und einem „Radikalisieren der rechtsextremistischen Szene“. Wenn diese sogar mit dem hochexplosiven Plastiksprengstoff C4 hantiere, „überschreitet dies alles, was sich Politik in Thüringen bisher vorstellen konnte“. Mit eingeschlagenen Scheiben, Bedrohungen und Verleumdungen hatten Nazis bereits in der Vergangenheit immer wieder versucht, demokratische Gesellschaft und LINKE-Abgeordnete in ihren Wahlkreisbüros in den Regionen einzuschüchtern. Bodo Ramelow erinnert auch an den Fund eines Waffendepots in Saalfeld-Gorndorf.

Nunmehr aber müsse von einem Bedrohungsszenario ausgegangen werden, „das es so bislang nicht gab. Wir stehen mit unserem Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus im Fokus rechtsextremer Gewalt“, sagte Ramelow und betonte, dass sich die LINKE jetzt erst recht nicht abschrecken lässt in ihrem konsequenten Einsatz für Demokratie und gegen Neonazismus. „Darin sind wir uns mit Bürgerbündnissen bis weit in die Mitte der Gesellschaft einig. Der neuen Qualität rechtsextremer Gewalt wird eine neue Qualität entschlossenen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Handelns entgegengesetzt“, so der Oppositionsführer. Jetzt müsse endlich das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus her. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Späte Konsequenz

Die Versetzung des Landesausländerbeauftragten, Eckehard Peters, in den vorzeitigen Ruhestand ist ein konsequenter, aber viel zu später Schritt.

Das von Peters verteilte Buch „Good Bye Mohammed“ als Anlass dafür ist der letzte, aber keinesfalls der erste Fehltritt des Thüringer Ausländerbeauftragten über die Grenzen des demokratisch und migrationspolitisch Erträglichen.

Dass die Sozialministerin trotz der bevorstehenden Abberufung Peters die Versetzung in den Ruhestand beantragt hatte, ist anzuerkennen. Es stellt sich aber die Frage, ob ein früheres Handeln der Landesregierung die Verbreitung der die Muslime verächtlich machenden Publikation im Namen eines Regierungsbeauftragten verhindert hätte.

In den vergangenen Jahren hatte Peters mehrfach politische Äußerungen gemacht, die zu parlamentarischen Anfragen und auch zu Rücktrittsforderungen, u. a. auch bei SPD-Abgeordneten, führten.

Zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft meinte Peters 1999 etwa, sie würde „dem irrationalen völkischen Fühlen von Zuwanderern“ Rechnung tragen. 2001 schwadronierte der vor dem Innenausschuss vom „Einfluss vormoderner Kulturen und unaufgeklärter Religionen und damit von einem Verlust an Humanität“. 2005 lehnte Peters ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge ab, weil dies „zu einem kaum kontrollierbaren Zuzug von Ausländern führen würde“ und zu einer „erheblichen Belastung der sozialen Sicherungssysteme“.

Die nunmehrige Entscheidung ist offenbar auch der aktuellen Debatte um die islamophoben und biologisch-rassistischen Äußerungen Sarrazins geschuldet. Eine politische Entscheidung über Peters Agieren wäre aber auch ohne den Rechtspopulisten und der zu Recht bundesweit entstandenen Empörung notwendig gewesen.

Mehr zum Thema: www.die-linke-thl.de/presse/sonstiges/nnn20100909a.html ■

KURZ UND PRÄGNANT

Huber ohne Reformbedarf

Innenminister Peter Huber sieht weiterhin keinen Bedarf für eine Kreisgebietsreform in Thüringen. Es gebe keinen Grund, das Thema „über das Knie zu brechen“, sagte er in der Aktuellen Stunde im Landtag, die sich am 8. September auf Antrag der Linksfraktion mit der Haltung der Landesregierung zu einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen beschäftigt hatte. In Sachsen-Anhalt habe eine vergleichbare Reform rund 600 Millionen Euro gekostet. Daher soll bis zum Jahresende zunächst eine Studie die möglichen Einsparmöglichkeiten beziffern. Abgeordnete der LINKEN und der GRÜNEN hatten erneut eine Gebietsreform gefordert. „Brauchen wir wirklich ein Gutachten? Eigentlich sind alle Fakten auf dem Tisch“, hatte LINKE-Abgeordneter Frank Kuschel betont. ■

Kein großer Wurf

„Ob die Wiedereinführung des einst abgeschafften Polizeipräsidiums und des ebenso abgeschafften Polizeiverwaltungsamtes in Form der Landespolizeidirektion tatsächlich die erwünschte Wirkung bringt, muss parlamentarisch intensiv beraten werden“, so MdL Martina Renner zu den jetzt vorgestellten Eckpunkten für eine Thüringer Polizeistrukturreform. Offenbar soll die bestehende Struktur grundsätzlich erhalten bleiben und einen neuen Verwaltungsapparat oben aufgesetzt bekommen. „Strukturell ist das kein großer Wurf.“ Ohnehin komme es aber mehr auf die Qualität der Aufgabenerfüllung an und Kriterien, wie Bürgernähe, Transparenz und Effektivität. Ob Zentralisierung die richtige Antwort ist, müsse diskutiert werden. ■

Ein „furchtbares“ Urteil

Das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht über die Bespitzelungspraxis des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegenüber dem Abgeordneten Bodo Ramelow ist zugestellt worden (einsehbar unter www.bodo-ramelow.de). „Es bestätigt, dass hier nicht Recht gesprochen wurde, sondern es sind Verdächtigungen, Unterstellungen und politische Vorurteile des Kalten Krieges zusammengetragen und daraus wurde ein ‚furchtbares‘ Urteil gefällt“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion. Offensichtlich soll der Erfolg der LINKEN „mit Einschüchterung und staatlicher Bespitzelung zurückgedrängt werden“. Es verwundere nicht, dass das Urteil in der gleichen Kontinuität der Urteile dieses Gerichts in allen Berufsverbotsverfahren bleibe. „Der Geist ist noch in der Flasche“, so Ramelow. Jetzt werde seine Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht gefertigt. ■

„Dieser Plenartag war durch und durch von der Opposition geprägt“

Aus dem (Plenar-)Tagebuch von Bodo Ramelow zur September-Landtagssitzung

Dieser Plenartag war wirklich durch und durch von der Opposition geprägt, und die Landesregierung bzw. die regierungstragenden Fraktionen waren schwer damit beschäftigt, sich fadenscheinige Argumente zusammenzusuchen, warum sie alles ablehnen müssen“, so hatte Bodo Ramelow in seinem Internet-Tagebuch (www.bodo-ramelow.de) über die letzte Landtagssitzung (hier der Plenartag am 9. September) geschrieben und z.B. auf den LINKEN-Antrag zum Diätenmoratorium verwiesen. Es „hätte die Möglichkeit gegeben, die Diätenzahlung an Abgeordnete endlich transparent und nachvollziehbar zu machen. Momentan haben wir ein Zwischending zwischen Angestellten- und Beamtenstatus, anstatt einfach ein Brutto- und ein Nettogehalt zu haben, wie die meisten Menschen, die uns wählen auch. Wir haben auch eine Pauschale zur Begleichung unserer Kosten im Wahlkreis, obwohl offensichtlich in den Zentren der großen Städte andere Mieten für Wahlkreisbüros fällig werden als in ländlichen Gebieten. Diese Schwachstellen zu verbessern und gleichzeitig anzuerkennen, dass es viele Menschen in Thüringen gibt, die angesichts unserer automatischen Diätenerhöhungen nur noch mit dem Kopf schütteln können, dazu wäre heute die Chance da gewesen.“

Chancen zu gerechterer Politik boten auch unsere Anträge zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und zur Überarbeitung des Bibliotheks-

gesetzes. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entspricht der Forderung der Bürgerallianz, denn mit der jetzigen Regelung werden Einzelne überproportional belastet, obwohl die Erneuerung von Straßen vielen zugute kommt. Unsere Novelle zum Bibliotheksgesetz hätte den Erhalt von Bibliotheken endlich zur Pflichtaufgabe gemacht und war im übrigen die Übernahme eines Änderungsantrages, den LINKE und SPD im Jahr 2008 noch gemeinsam gestellt haben. Nun meint die SPD, sie könne ihrem eigenen Antrag nicht mehr zustimmen, weil sie längst besseres plane. Schließlich stünde im Koalitionsvertrag, dass die Schaffung eines Kulturfördergesetzes geprüft werden soll. Die SPD vergisst dabei aber, dass sie nicht mal die Projekte durchsetzen kann, die sie verbindlich in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, geschweige denn Vorhaben, für die eine Prüfung vorgesehen ist.“

Die CDU sollte sich schämen

Zum Plenarsitzungstag am 10. September hob Bodo Ramelow in seinem Tagebuch ein Thema besonders hervor: Die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber. „Der Antrag wurde von der FDP eingebracht (ausdrückliches Lob dafür!), und eigentlich hätte es im Landtag eine Mehrheit dafür gegeben, dieses nur in Deutschland existente, menschenunwürdige Regulierungsinstrument wenigstens für Thüringen endlich abzuschaffen. Auch die

Grünen, die SPD und wir hatten die Abschaffung im Wahlprogramm stehen. Schade nur, dass bei der SPD politische Forderung und politisches Handeln so weit auseinander liegen, wie bei keiner anderen Partei in diesem Parlament. Die Sozialdemokraten könnten dem Antrag jetzt nicht zustimmen, da eine eigene Gesetzesänderung geplant sei. Mit der würde aber der erlaubte Bewegungsradius von Asylbewerbern nur im Promillebereich vergrößert. Unsere Abgeordnete Sabine Berninger brachte es auf den Punkt: Dieses Verhalten ist typisch SPD. Ich hatte selbst vor zwei Jahren in meinem Bundestagswahlkreis den Fall eines Asylbewerbers aus dem Iran. Er war aus seiner Heimat geflüchtet, weil er dort als zum Christentum Konvertierter mit dem Tod bedroht wurde. Hier war es seine Kirchgemeinde, die sich um ihn kümmerte und es ergab sich sogar eine Möglichkeit in einer Firma zu arbeiten. Nur war der Betrieb genau hinter der Kreisgrenze und die zuständige Ausländerbehörde sah es nicht ein, für diesen Fall eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Auch wenn der junge Mann zu mir ins Büro kommen wollte, um sich beraten zu lassen, musste ich jedes Mal vorher eine schriftliche Einladung ausstellen, damit er nicht auf dem Weg zu mir verhaftet wird. Die CDU sollte sich schämen, dass sie mit der Verteidigung der Residenzpflicht das christliche Menschenbild einfach ignoriert und dass die SPD hier tatenlos zusieht, finde ich eigentlich noch schlimmer.“ ■

Erneuter Protest per Kanutour gegen die Werraversalzung

Mit ihrer Kanutour haben die beiden Landtagsabgeordneten Katja Wolf (LINKE) und Carsten Meyer (GRÜNE) ein Zeichen gegen die Versalzung der Werra durch den Kali-Konzern K+S gesetzt. Gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Heiko Gentzel war man sich einig, die weitere massive Umweltbelastung nicht tatenlos hinzunehmen. Das Unternehmen müsse endlich einsehen, dass es so wie bisher nicht weiter geht. Es ist in der Pflicht, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, damit ab 2012 die Salzabwasser-Einleitung in die Werra der Geschichte angehört.

Katja Wolf war es wichtig, herauszustellen, dass man mit dem Protest auf keinen Fall Arbeitsplätze gefährden will: „Wenn das Unternehmen endlich dazu kommt, dass dort nachhaltig gewirtschaftet und produziert wird, dann sind die Arbeitsplätze künftig deutlich sicherer als ohne eine solche Wende in der Produktion bei K+S.“

Mit einem Ortstermin in Philippsthal und der anschließenden Kanutour vom „Monte Kali“ nach Berka/Werra wollten die beiden Mitglieder des Thüringer Landtages, die ihre Bürger-Büros

in Eisenach haben, die immer noch ungelösten Probleme versinnbildlichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass aufgrund einer Ausnahmeregelung aus dem Jahre 1942 die Werra immer noch solch hohen Belastungen ausgesetzt werden darf. Kein anderer Fluss in Deutschland kann so als Abwasserentsorger missbraucht werden. Es ist schon längst überfällig, dass diese seit Jahrzehnten geltende Ausnahmeregelung für die Werra ausläuft, sie ist nicht nur unökologisch, sondern belastet auch all

diejenigen, die auf unversalztes Wasser angewiesen sind.

Mit teilgenommen an der Aktion am 13. September haben: Klaus Reinhart von der BI „Lebendiges Werratal“, Landtagsvizepräsident Heiko Gentzel (SPD), Landessprecherin der GRÜNEN Madeleine Henfling, LINKEN-Stadträtin Christiane Leischner, Fraktions-sprecher der GRÜNEN im Stadtrat Stefan Schweibinger, LINKEN-MdL Frank Kuschel und LINKEN-Kreisvorsitzender Sascha Bilay. ■



Möglichkeiten zur Demokratisierung von Kommunalpolitik diskutiert

MdL Petra Enders: „Der mündige Bürger lässt sich nicht mehr alles gefallen“

Als „nicht auf der Höhe der Zeit“ hatte die Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders (DIE LINKE), die ablehnende Haltung des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes zum Bürgerhaushalt bezeichnet. „Die Bürger sollten ernst genommen werden mit ihren Vorschlägen, sie sollen und wollen teilhaben und mitentscheiden. Im Grunde haben die Leute die Nase voll, nur alle vier oder fünf Jahre an die Wahlurne gerufen zu werden und dann nicht mehr gefragt zu sein.“

Die ehrenamtliche Bürgermeisterin, die bei den Bürgermeisterwahlen in ihrer Gemeinde am 24. Oktober erneut kandidieren wird, verwies auch auf den Protest gegen die 380 kV-Leitung oder den Kampf der Stuttgarter gegen den Umbau ihres Hauptbahnhofs. Der mündige Bürger lasse „sich nicht mehr alles gefallen“.

„Sehr gute Erfahrungen haben wir in Großbreitenbach mit unserem Bürgerhaushalt 2010 gemacht, und auch für 2011 wird wieder ein Bürgerhaushalt verabschiedet. Dabei wissen die Bürger auch Prioritäten zu setzen“, so die Politikerin (im Foto bei der Ausstellung zum Großbreitenbacher Bürgerhaushalt). Ohne Bürgerbeteiligung hätte die Stadt ein Projekt, wie den Umbau des Herrenhauses unter denkmalpflegerischen Aspekten in eine altersgerechte Wohnanlage, „nicht stemmen können“.

Es sei doch eine Tatsache, dass „die Politikverdrossenheit immer weiter um sich greift, genauso wie es Realität ist, dass die demographische Entwicklung immer neue Herausforderungen stellt“. Beidem könne man nur erfolgreich begegnen, „wenn die Bürger mitgenommen werden. Bürgerhaushalte, direkte Demokratie, Volksentscheide sind dabei wirksame Methoden“.

Zur „Demokratisierung der Kommunalpolitik“ will die Thüringer Linksfraktion einen umfangreichen Gesetz-

entwurf in den Landtag einbringen. Die Inhalte wurden kürzlich in einer ersten Diskussionsrunde von Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher, vorgestellt und mit linken Kommunalpolitikern diskutiert.

Selbst nach den „Demokratisierungsschüben“ in der Thüringer Landesverfassung und der Kommunalordnung (zu Volks- und Bürgerbegehren), weist die Kommunalverfassung noch erhebliche demokratische Defizite auf. Das Grundkonzept der Kommunalordnung geht davon aus, dass die Gemeinderäte



als Teil der Kommunalverwaltung einen geschlossenen Kreis bilden, der unbelehrt von der interessierten Öffentlichkeit seine Entscheidungen fällt.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich nicht nur die Lebens- und Arbeitswelten der Menschen gewandelt, sondern auch die Ansprüche an die Kommunalpolitik. Die Bürger wollen nicht länger nur die Entscheidungen zur Kenntnis nehmen, sondern sich aktiv in die Diskussionsprozesse einbringen.

Die in vielen Kommunen auf unterschiedliche Art und Weise praktizierten Bürgerhaushalte stellen nur das bekannteste Projekt dar. Dabei geraten diese neuen Anforderungen an die praktische Kommunalpolitik täglich in Widerspruch zu den im Gesetz verankerten Regelungen zur Abschirmung der Rathäuser vor der Öffentlichkeit.

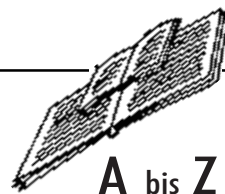
DIE LINKE will u.a. Mindeststandards zur flächendeckenden Einführung von Bürgerhaushalten, verbindliche Einwohnerfragestunden in Gemeinderats-sitzungen, grundsätzlich öffentlich ta-

gende Ausschüsse und umfangreiche Ausweitungen des Ortschaftsrechtes und Informationsrechte der Gemeinderäte. Diskutiert wurde die weitere Demokratisierung des kommunalen Wirtschaftsrechtes sowie die Frage, ob Beschäftigte der Gemeinde gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates sein dürfen. Hier war man sich schnell einig, dass aus Gründen der freien Ausübung des Mandates eine Vermischung von politischen Entscheidungen im Gemeinderat mit beruflichen Belangen in der Gemeindeverwaltung

vermieden werden sollte. Befürwortet wurde, dass Bürgermeister nicht mehr Mitglied im Kreistag sein sollten. Aber auch Fragen zur Demokratisierung von Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbänden wurden vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen besprochen.

Weitere Diskussionen werden notwendig sein. Wer sich in diese Debatte einbringen will, ist herzlich eingeladen.

Sascha Bilay



A bis Z:

Glücksspielvertrag

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte am 8. September das deutsche Monopol für Lotterien und andere Glücksspiele gekippt. Solche Wettmonopole seien zwar grundsätzlich zulässig, um die Spielsucht zu bekämpfen, in Deutschland werde dieses Ziel aber nicht konsequent verfolgt.

Der Finanzpolitiker der LINKEN, Mike Huster, nannte die Entscheidung folgerichtig sowie eine Chance, wirksam etwas gegen Spielsucht zu unternehmen. Er hatte bei der Beratung im Glücksspielstaatsvertrags im Thüringer Landtag im September 2007 bereits gewarnt, dass der Gesetzentwurf „uns in den nächsten Jahren um die Ohren fliegen wird. Wollen wir wetten?“ Der EuGH hatte festgestellt, dass Spielsucht nicht bekämpft wird, wenn der Staat nur Lotto, Sportwetten und Tombolas einschränkt, aber Casinos, Spielhöhlen und Pferdewetten außen vor lässt. Der Staatsvertrag werde schon deshalb seinem Namen nicht gerecht, weil er das Suchtpotential von Zahlenlotto und Sportwetten völlig überzogen dargestellt habe und das wirklich gefährliche Glücksspiel gar nicht beinhalte. Der Landtagsabgeordnete meinte auch, dass der Staat bei Aufrechterhaltung des Glücksspielmonopols durch strenge Konzessionsmodelle wieder mehr Einnahmen erzielen kann, die der Wohlfahrt, dem Sport und der Suchtbekämpfung zu Gute kommen. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 6. bis 8. Oktober statt.

Konferenz zur Wohnungspolitik:

Die Landtagsfraktion der LINKEN lädt zur öffentlichen Diskussionsveranstaltung „Soziales Wohnen in Thüringen“ am Samstag, den 25. September, 10 bis 16.30 Uhr, nach Jena in den KuBus (Multifunktionales Zentrum für Kultur, Begegnung und Sport) ein, Theobald-Renner-Straße 1a.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

www.die-linke-thl.de

Weltkindertag

Trotz Kinderarmut und Bildungsproblemen wolle die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket gerade hier weiter, protestierte MdL Matthias Bärwolff zum UN-Weltkindertag am 20. September. Allein in Thüringen müssten 58.000 Kinder in Armut leben. „Kinder werden immer noch nicht als eigenständige Rechtspersönlichkeiten wahrgenommen, weshalb selbst das erhöhte Kindergeld als ‚Einkommen‘ angerechnet wird. Wir brauchen einen Hartz-IV-Regelsatz, der den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht, also die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben garantiert.“ DIE LINKE fordert einen kostenlosen Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. ■

Landwirtschaft

Dass die Landesregierung wegen eines Streits zwischen Ministerien um Ausschreibungsbestimmungen die Ausreichung von über 20 Millionen Euro für Agrarinvestitionen blockiert, hat MdL Tilo Kummer scharf kritisiert. Es könne nicht sein, dass Landwirte, „die durch die diesjährige Missernte sowieso schon massive Finanzprobleme haben, zugesagte Fördermittel nicht erhalten, weil die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht macht“. Der Abgeordnete kündigte an, mit der Problematik den Agrarausschuss im Landtag zu befassen. Schon im Frühjahr mussten die Landwirte auf zugesagte Gelder monatelang warten, weil der Landeshaushalt so spät beschlossen wurde. ■

Winterdienst

Offenbar hat die Landesregierung die im Frühjahr den Bergkommunen des Thüringer Waldes signalisierte Unterstützung für die Anschaffung von Winterdiensttechnik zurückgezogen, so MdL Petra Enders. Dabei sei „unbestritten, dass die schneereichen Gemeinden am Rennsteig – Ziel zahlreicher Wintersportler – mit der Finanzierung des Winterdienstes einschließlich der Anschaffungskosten für neue Fahrzeugtechnik außerordentlich stark belastet sind“. Es müsse endlich Schluss sein mit der Tippeltappeltour der Kommunen, jedes Jahr aufs Neue um finanzielle Unterstützung durch das Land ringen. Die Abgeordnete fordert eine konkrete gesetzliche Regelung, „die das Problem verlässlich klärt“. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Anhörung Suizidprävention

Die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE fordert seit Jahren – auch mit Verweis auf andere Bundesländer – beim Problem der Selbsttötungen in Thüringer Justizvollzugsanstalten (JVAen) „nicht nur Einzelfallreaktionen, sondern eine umfassende Problemanalyse und ein umfassendes Konzept zur Suizidprävention für die JVAen in Thüringen.“ Vor allem Verbesserungen bei der medizinischen und therapeutischen Versorgung, bei Angeboten der sozialen Unterstützung und Fragen der Unterbringung sind nötig. Die CDU-Landesregierung reagierte auf den öffentlichen Druck und ließ vom Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule (FH) Jena eine Studie zu Suiziden in Thüringer Justizvollzugsanstalten seit 1994 erarbeiten – die den Abgeordneten aber erst auf wiederholtes Verlangen der LINKE-Fraktion zugänglich wurde. Mittlerweile hat die CDU/SPD-Landesregierung auch eine Arbeitsgruppe für ein Präventionskonzept gebildet. Die Endergebnisse stehen noch aus.

Die LINKE-Fraktion hat nun im Justizausschuss eine mündliche Anhörung zur Suizidprävention in JVAen durchgesetzt. Es werden nicht nur Fachleute aus Thüringen, sondern auch aus anderen Bundesländern, wie z.B. Niedersachsen, sprechen. Die Anhörung findet am Freitag, den 1. Oktober, 9.30 Uhr, im Landtag in Erfurt statt. ■

Es geht nicht nur darum, dass gespart wird, sondern vor allem wie

MdL Birgit Keller(LINKE) in der Landtagsdebatte zur Verschuldung Thüringens

Auf Antrag der FDP-Fraktion hatte der Thüringer Landtag am 8. September zum Thema Schuldenpolitik stoppen, Thüringens Zukunft durch sinnvolle Sparanstrengungen jetzt sichern“ diskutiert. Für die Fraktion der LINKEN ergriff deren haushaltspolitische Sprecherin Birgit Keller das Wort. Hier Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

Die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden, auch und gerade der Landeshaushalt Thüringen. Das ist offensichtlich Konsens. Die Frage, die strittig ist: Wie soll das geschehen? Selbst Herrn Barth (FDP-Fraktionsvorsitzender, d.R.) muss ich da widersprechen. Es geht nicht nur darum, dass gespart wird, sondern es geht tatsächlich darum, wie gespart wird.

Die Fraktion DIE LINKE bezweifelt, dass eine Konsolidierung nur über Ausgabenkürzungen erfolgreich sein kann. Mit den Forderungen nach Steuerensenkungen einerseits und Ausgabenkürzungen andererseits verschärft gerade die FDP die Krise der Öffentlichen Haushalte und lässt den Staat weiter handlungsunfähig werden. Die Fraktion DIE LINKE denkt, der wichtigste Weg, die Schulden zu stoppen, besteht in einer konsequenten Besteuerung von Vermögen und auf Landesebene im Einstieg in eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform.

Herr Dr. Pidde (Haushaltspolitiker der SPD-Fraktion, d.R.) da kann ich Ihnen nur sagen: Augen auf bei der Partnerwahl.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sinken die Einnahmen und steigen die Haushaltsdefizite, wird anschließend regelmäßig verkündet, dass massive Ausgabenkürzungen unvermeidlich seien. Die CDU dieses Landes nimmt diesen Ball ja auch gerne auf. Aber erst schicken sie die jungen Wilden nach vorn, um die radikalsten Streichvorschläge der Öffentlichkeit zu präsentieren. Doch damit nicht genug, der Öffentlichkeit soll auch noch peu à peu verlickert werden, dass die Schulden in den angeblich übermäßigen Ausgaben der Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und Arbeitsmarktpolitik aufgehäuft werden. Das unsägliche Drama bei der Haushaltsaufstellung in diesem Jahr resultiert doch nur daraus, dass hier offensichtlich die Partner nicht zusammenpassen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, hören Sie auf, weiteres Unheil für das Land Thüringen mit zu verantworten und gestehen Sie sich ein, dass diese Ehe gescheitert ist.

Dann müssten Sie nicht immer das Gegenteil von dem tun, was Ihre Kol-

legen im Bund als Opposition verkünden. Ich will da gar nicht weiter höhen. Eigentlich ist es eine traurige Lage, aber Sie selbst haben es in der Hand, das zu ändern. Stellen Sie einfach persönliche Eitelkeiten zurück und tun Sie etwas für Thüringen.

Als Allererstes brauchen wir einen fristgemäß vorgelegten Haushalt, der den sozialstaatlichen Anforderungen gerecht wird, der Arbeitsplätze sichert, der die reichhaltige Kultur Thüringens bewahrt und der mit einem ausgewogenen Kommunalen Finanzausgleich die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Bisher ist davon nichts ansatzweise zu erkennen.

(Zwischenruf Abg. Mike Mohring, CDU: Das kommt doch noch.)

Uns fehlen Visionen für Thüringen, wie unter den heutigen Bedingungen das Land, seine kulturelle und wirtschaftliche Identität erhalten und gestärkt werden können. Davon ist ansatzweise nichts zu erkennen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das kommt.)

Wir können nur raten, sollte das die Regierungskoalition nicht hinkommen, dann muss sie einfach aufhören, gemeinsam zu regieren. ■

MdL Michaela Sojka: Es darf nicht „die eine Schulform gegen die andere ausgespielt werden“

Mehr als 100 Eltern und Schüler hatten am 16. September vor dem Landtag in Erfurt gegen mögliche Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft protestiert. Elternvertreter der Emil-Petri-Schule des Marienstifts Arnstadt und der Regenbogenschule in Erfurt hatten Briefe mit ihren Forderungen an die Vertreter der Landtagsfraktionen übergeben. Die Bildungspolitikerin der LINKEN Michaela Sojka versichert in einer kurzen Ansprache (unser Foto) die Unterstützung der Linksfraktion für den Protest gegen Kürzungen im Bildungsbereich.

Auch wenn noch keine Zahlen vorlägen, gebe es Befürchtungen, dass die Mittel für die freien Schulen in Thüringen reduziert werden sollen. Aber hier dürfe genauso wenig gekürzt werden, wie im staatlichen Bildungsbereich, betonte die Abgeordnete. Es dürfe nicht „die eine Schulform gegen die andere ausgespielt werden“. Die Abgeordnete forderte die notwendigen Rahmenbedingungen zur Gewährleistung von Chancengerechtigkeit für jedes Kind an den Thüringer Schulen. Dabei müsse das Engagement von Eltern, Kindern und Pädagogen der freien Schulen als beispielhaft auch für die anderen hervorgehoben werden.

In einer Pressemitteilung verwies Michaela Sojka auf den wachsenden Andrang bei den freien Schulen. Sie unterstrich ihre Auffassung, dass „das Thüringer Schulsystem insgesamt so

gut aufgestellt sein muss, dass für jedes Kind eine individuelle und optimale Förderung gewährleistet ist“.



„Die reformpädagogischen Ansätze, auf die wir in Thüringen zu recht stolz sind, sollten auch an den staatlichen Schulen verstärkt Einzug halten“, mein-

Astrid Rothe-Beinlich hatte für die GRÜNE-Landtagsfraktion die Unterstützung erklärt: „Wir sind ausdrücklich dankbar für den bunten und eindrucksvollen Protest der freien Schulen, da dieser verdeutlicht, wie viel den Kindern, Eltern und Erzieher-

Innen an ihren Schulen liegt und dass diese auch bereit sind, für diese und ihren Fortbestand öffentlich zu demonstrieren: So wird Demokratie erleb- und erfahrbar. (...) Neben dem eindrucksvollen, meterlangen Transparent mit hunderten bunten Händen tauchte allerdings auch ein Transparent auf der Kundgebung auf, welches zu denken geben müsse. Auf diesem war zu lesen: „In die Kinder investieren, statt Facharbeiter importieren.“

„Für uns ist entscheidend, dass hier kein gegeneinander Auspielen von Menschen stattfindet. Wir wollen eine Willkommenskultur in Thüringen leben und wissen, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind. Es steht völlig außer Frage, dass wir nicht an der Bildung unserer Kinder sparen dürfen, wenn wir ihnen die Türen zur Welt öffnen wollen. Allerdings darf dies nicht gegen unseren Grundsatz von Welt-offenheit gestellt werden. Wir wollen Menschen unterschiedlichster Herkunft in Thüringen ein Zuhause bieten. Angesichts von demografischem Wandel und Globalisierung ist es nun mal Realität, dass auch Thüringen in vielfacher Hinsicht bunter wird. Und das ist auch gut so“, betonte Astrid Rothe-Beinlich. ■

Das Thema Der LINKE

Mit der neuen Bürgerbewegung diese ignorante Politik „abschalten“

Anti-Atom-Demonstration war kraftvoller Start in einen heißen Herbst

Die Berliner Großdemonstration am 18. September gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke mit weit mehr als 100.000 Menschen „war ein kraftvoller Start in einen heißen Herbst und ein unüberhörbarer Ruf der Zivilgesellschaft nach einem Ausstieg aus der verhängnisvollen Atomlobby-Politik der schwarz-gelben Bundesregierung“, hatte der Thüringer LINKEN-Fraktionschef Bodo Ramelow betont.

„Offenbar hat sich die verantwortliche Politik völlig abgelöst von der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht länger bereit ist, schweigend hinzunehmen, was in Geheimverträgen mit den großen Stromkonzernen und gegen die Interessen der Menschen ausgekugelt wurde. Mit dem Atomdeal wurde der Demokratie ein Bärendienst erwiesen, und statt eine Energieversorgung der Zukunft zu fördern, soll eine Kehrtwende zur Technologie von gestern vollzogen werden“, warnt der LINKE-Politiker.

Für den Kampf der Bürger gegen eine völlig abgehobene Politik sei auch Stuttgart 21 symptomatisch, wo zeitgleich Zehntausende demonstrierten. Auch all jene, die aus Thüringen zur Berliner Demo angereist waren – aus der Landtagsfraktion der LINKEN neben Bodo Ramelow auch Martina Renner, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sowie weitere Vertreter – haben zusammen mit dem breiten Bündnis von Atomkraftgegnern aus der ganzen Bundesrepublik „der Merkel-abgehobenen Regierung die Rote Karte gezeigt“. DIE LINKE müsse Teil der Anti-Atom-Bewegung sein und sich auch an den weiteren Aktionen, wie dem Protest gegen den bevorstehenden Castortransport, engagiert beteiligen, hatte der Fraktionschef unterstrichen.

„Es bleibt dabei: Wenn die Regierung die Kernkraftwerke nicht abschaltet,

dann müssen wir eben diese Regierung abschalten“, so Ramelow weiter. Er verwies auf den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Jens Petermann, der mit dem Untersuchungsausschuss des Bundestags in Gorleben war. „Von den vielen Informationen, die er von dort mitgebracht hat, will ich vor allem eine Zahl weitergeben: 2,70 Euro. So

Viele LINKE sind auf der Straße, aber unsere Partei muss besser zu sehen sein. Die Programmdebatte muss in diesem heißen Herbst auf den Straßen der Republik stattfinden. Gemeinsam mit anderen müssen wir diesen Atom-Deal verhindern, denn er geht auf Rechnung der Menschen und der Umwelt“.

tion, die wir dringend brauchen und ein Leitbild für dieses Land, bei dem man stolz ist, in diesem Bundesland tätig zu sein“.

All diese Themen „haben aber etwas damit zu tun, dass die Grundarchitektur des Atomausstiegs eingehalten wird, unabhängig davon, ob meiner Fraktion der Ausstieg richtig erschienen ist oder nicht“, so Ramelow im Landtag weiter. Er sagte an die Ministerpräsidentin gerichtet: „Da kann doch auch ein Mitglied Ihrer Partei nicht mehr schweigen und ruhig sein, dass man sagt, es wird eine Brennelementesteuer eingeführt und die darf dann der Stromkonzern noch von seinen Steuern abziehen. Ich habe noch nie gehört, dass ein Arbeitnehmer der arbeiten geht, seine Lohnsteuer von der Lohnsteuer wieder abziehen kann. Aber die Stromkonzerne können in Zukunft ihre Brennelementesteuer abziehen.“

Zudem würden damit „direkt die Thüringer Kommunen geschädigt“, „wir schaden direkt den Stadtwerken in Thüringen. Es ist also nicht so, als ob uns das Thema nicht in irgendeiner Form tangieren würde, sondern die gesamten Investitionsleistungen, die die Stadtwerke entwickelt haben, basieren darauf, dass wir den Ausstieg ernst meinen und dass wir Technologien entwickeln und vorantreiben, bei denen es eben nicht nur um Windkraft geht“.

Nochmals appellierte der Oppositionsführer: „Frau Ministerpräsidentin, es geht um Thüringer Arbeitsplätze. Es geht also nicht um irgendeine Architektur Schwarz-Gelb einer Katastrophenkoalition (...).nein, es geht um Thüringen, und die Landesregierung hat ihren Schwur auf Thüringen geleistet. Die Thüringer Interessen sind massiv tangiert, wenn Verträge, die geschlossen worden sind, nichts mehr gelten.“ ■



viel würde eine Kilowattstunde Atomstrom mindestens kosten, wenn die Betreiber der AKWs auch die Entsorgung des Atommülls finanzieren müssten. Aber das übernimmt ja der Steuerzahler bzw. lässt die Regierung es die Steuerzahler übernehmen und versucht uns gleichzeitig weis zu machen, dass Atomstrom doch ach so günstig sei. Wie hier gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit getrickt wird, ist einfach erschreckend.“

Zugleich meinte Bodo Ramelow, dass sich DIE LINKE „in diesem Protest noch besser organisieren muss.

In der Aktuellen Stunde des Thüringer Landtags am 8. September zum Atomdeal der Bundesregierung hatte Bodo Ramelow u.a. auf den Blinkwinkel Thüringens verwiesen – „das Land, das bisher die meiste Energie einführen musste. Was immer ein strategischer Nachteil war, ist unser strategischer Vorteil, wenn wir dezentral, regional und regenerativ so viel Energie produzieren, wie wir selber verbrauchen. Dann wären wir ein Musterland in Deutschland und wir wären damit Treibriemen für eine neue technisch-innovative Revolu-

Es gibt keine demokratischen Mehrheiten für die Energiepolitik der Bundesregierung

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 8. September in Erfurt (unser Foto) hatte ein breites Bündnis aus Thüringer Parteien, Gewerkschaften und Verbänden erklärt, sich gegen die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu wehren und dafür alle rechtlichen und politischen Mittel zu nutzen.

Das Bündnis aus SPD, GRÜNEN, LINKEN und der Naturschutzorganisation BUND hatte zugleich zur Teilnahme an der Demonstration am 18. September in Berlin aufgerufen.

Linksfraktionschef Bodo Ramelow warnte vehement, dass die Berliner Entscheidung „massiven Schaden“ für Thüringen und seine Entwicklung und

Anwendung erneuerbarer Energien verursache. Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) kritisierte die Aufkündigung des Atomausstiegs. Dies werde schwere Konsequenzen für Investitionssicherheit, Wettbewerb und den Ausbau der erneuerbaren Energien haben. Er betonte, dass mit dem gemeinsamen Aufruf deutlich werden soll, dass es keine demokratischen Mehrheiten für die Energiepolitik der Bundesregierung

gibt. Grünen-Landessprecher Dieter Lauinger erinnerte an den Energiekonsens zum Ausstieg aus der Kernkraft. Dieser Ausstieg aus dem Ausstieg wer-

de mit allen rechtlichen Mitteln bekämpft.

Redner der LINKEN und der GRÜNEN hatten auch in den Landtagsdebatten, die zum Atom-Deal der Bundesregierung geführten wurden, ihre Standpunkte unterstrichen. CDU-Generalsekretär Mario Voigt hatte in einer Pressemitteilung SPD, LINKEN und GRÜNEN vorgeworfen, eine „ideologische Energiepolitik“ zu betreiben und die Realitäten aus dem Blick zu verlieren. Auch Umweltminister Jürgen Reinholz verteidigte den Atomkompromiss, der nach seiner Meinung – und der der CDU – erst den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ermöglichen. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hatte in der Debatte zur „Nüchternheit“ aufgerufen. ■



„Trauen wir uns Antworten zu auf wichtige gesellschaftliche Fragen!“

... und seien wir vor allem „dort, wo die Menschen sind“/Thematische Fraktions Sitzung mit rotem Faden

Vor einer ganzen Reihe junger Leute, die als Praktikantinnen und Praktikanten bzw. als Mentees derzeit die Arbeit der Abgeordneten der Linksfraktion begleiten, fand am 15. September im Rahmen einer thematischen Fraktions Sitzung der LINKEN im Thüringer Landtag eine spannende Diskussion zu den zwei „Ramelow-Strategie-Papieren“ statt.

1.) *Es ist an der Zeit! Aufruf zur Demokratisierung der Demokratie* www.bodo-ramelow.de/images/uploads/files/RLS_Standpunkte_24-2010.pdf

2.) *Demokratischer Lebensort Deutschland – „Gesellschaftsvertrag 21“* www.bodo-ramelow.de/images/uploads/files/100803Gesellschaftsvertrag.pdf

Ausgehend vom Selbstverständnis („Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen, die Politik von links anschieben wollen“) über die Analyse der gegenwärtigen Situation („tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche“) bis vor allem zu den aktuellen und langfristigen Anforderungen an die Linksfraktion („gesellschaftliche Bewegungen unterstützen“, „Menschen mitnehmen“) reichte die von Bodo Ramelow skizzierte Ausgangslage.

Mike Huster, der Finanzpolitiker der Fraktion, hatte ebenfalls mit einem ausführlichen Papier im Vorfeld der Beratung Denkanstöße gegeben und Fragen aufgeworfen, die sich vor dem Hin-

tergrund immer schwieriger werdender finanzieller Bedingungen ergeben. Denn selbst wenn klar ist, dass die LINKE vor allem auf eine Steuerverbreiterung drängt und erst dann Umschichtungen im Haushalt betrachtet, „brauchen wir z.B. auch eine konsequente Antwort zur Frage des Schuldenabbaus“, wie Bodo Ramelow betonte und dazu ein Lastenausgleichsgesetz in die Diskussion brachte.

Unterstützung von Bewegungen von unten

Der von Sabine Berninger und ihrem Ressort entworfene und per Powerpoint anschaulich zu verfolgende rote Faden wurde immer wieder aufgegriffen: Wir sollten vor allem die Chancen des dramatischen demografischen Wandels erkennen und ihn mit unseren Politikschwerpunkten gestalten, sagte die Abgeordnete und nannte als Stichpunkte u.a. moderne, effektive Verwaltung; neue Formen demokratischer Teilhabe; gute Arbeit/Daseinsvorsorge; Zusammenhalt der Generationen. Für ihren Vorschlag der Bildung einer Querschnittsarbeitsgruppe gab es Zustimmung. Mike Huster nannte sie gleich griffig „Zukunftswerkstatt“.

Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der LINKEN, sprach von einer „Verdichtung unseres Regierungsprogramms“, mit der „wir deutlich machen, welche Chancen zur Politikveränderung wir in der Opposition und in Vorbereitung auf eine Regierungsbeteiligung sehen“. Und er verwies auf ein Strategiepapier, das jetzt der Landesvorstand mit Blick auf

den Wahlzyklus 2012 bis 2014 vorlegt.

Immer wieder unterstrichen die Abgeordneten die Notwendigkeit von außerparlamentarischen Engagement und Vernetzung, die „wir in den Kanon unseres Selbstverständnisses verankern sollten“ (Matthias Bärwolff). Wichtig ist, wie wir uns von anderen Parteien unterscheiden, z.B. in der Unterstützung von Bewegungen von unten (Dieter Hausold). Unsere kommunalen Akteure vor Ort sollten auch „linkes Gesicht zeigen“ (Frank Kuschel). Bürgerbeteiligung ist enorm wichtig, wir sollten einen Volksentscheid zum längeren gemeinsamen Lernen unterstützen (Michael Sojka). „Wir brauchen eine Schwerpunktverlagerung ins Außerparlamentarische“ (Susanne Hennig). „Wir müssen draußen bei den Menschen sein“ (Ina Leukefeld).

Die Diskussion ist eröffnet. Weitere Angebote – Veranstaltungen; Veröffentlichungen (besonders auch im Internet) – werden folgen. Soziales, Arbeit, Bildung, Kultur, Verwaltung, demokratische Teilhabe und Bürgerengagement (auch gegen Rechtsextremismus), Finanz- und Steuerpolitik, Entwicklung ländlicher Räume, alternative Wirtschafts- und Energiekreisläufe, die inhaltlichen Schwerpunkte sind gesetzt.

„Die Gesellschaft ist reif für Veränderungen. Wir wollen auf Zukunftsfragen mit positiven Ideen reagieren. Trauen wir uns Antworten zu auf wichtige gesellschaftlichen Fragen!“, so die ermunternde Zusammenfassung der Diskussion durch Bodo Ramelow.

A. Rudolph



Verachtenswert

Joseph Ratzinger, der deutsche Papst mit dem etwas verschlagen wirkenden Blick, spaltet. Das ist nichts Neues. Seinen Besuch in Großbritannien, dem ersten eines Papstes seit Jahrhunderten, krönte ein unerhörter Skandal.

Säkularismus (die Trennung von Staat und Kirche, die in Deutschland Verfassungsrang hat) und Atheismus sind nach Ansicht des Oberhauptes der katholischen Kirche demnach äußerst schädlich, wie er vor der britischen Königin äußerte. Der Ausschluss eines Gottes, der Religion und der keuschen Tugend aus der Öffentlichkeit führe sogar unweigerlich zu einem verstümmelten Menschenbild, behauptete Ratzinger mit Verweis auf Nazi-Zeit und Judenvernichtung.

„Verachtenswert“ hat der Oxford-Biologe Richard Dawkins daraufhin den Papst bezeichnet. Dawkins dürfe nicht zu Unrecht vermuten, dass die Attacken von den Verbrechen der katholischen Kirche ablenken sollen.

Doch Ratzingers Bosheit fällt auf ihn selbst zurück. Hitler war zeitlebens Mitglied der katholischen Kirche. „Es konnte in den Reihen unserer Bewegung der gläubigste Protestant neben dem gläubigsten Katholiken sitzen, ohne je in den geringsten Interessenkonflikt mit seiner religiösen Überzeugung geraten zu müssen“, hat er in seinem Machwerk „Mein Kampf“ ausdrücklich betont. Später hob er sein Selbstverständnis in einem Schreiben an Papst Pius XII. hervor: „Wir setzen fort das Werk der Kirche.“

Religiöser Fanatismus ist, wie der Papst wieder deutlich machte, Geißel der Menschheit. Wolfgang Böhmer, dem CDU-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, der sich aktuell für die verstärkte Zuwanderung von Katholiken nach Deutschland ausgesprochen hat, um der sinkenden Geburtenrate entgegenzuwirken, möchte man indes nur gute Besserung wünschen.

MdL Martina Renner: Zensus 2011 kein statistischer Normalfall

Wie der Präsident des Thüringer Statistikamtes, Günter Krombholz, bei einer Pressekonferenz am 20. September betonte, sollen mit einer Informationskampagne mögliche Bedenken gegen die Volkszählung zerstreut werden. Die Planungsbehörden benötigten exakte Fakten, um ihre künftige Politik daran auszurichten.

Beim sogenannten Zensus 2011 sollen zum Stichtag 9. Mai 2011 alle rund 500 000 Thüringer Hauseigentümer sowie in einer Stichprobe etwa 200 000 Bürger befragt werden. Die Statistiker wollen unter anderem Details zu Familienstand, Wohnsitz, Familiengröße, Schulabschluss und Beruf erfahren. Die Beantwortung ist Pflicht. Wer sich weigere, müsse mit Bußgeld rechnen.

„Der Zensus 2011 ist ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und kein statistischer Normalfall“, erklärte dazu die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner. Sie widersprach insbesondere der Auffassung von Günter Krombholz, wonach nur ein geringer Teil der Thüringer überhaupt betroffen sei. „Die Daten sämtlicher Thüringer werden zusammengefasst, alle Vermieter werden über ihre

Bewohner und Wohnungsnutzer erforscht und alle Wohneigentümer müssen Angaben machen. Dazu kommen noch die zehn Prozent Befragten, die Angaben bis zur Religionszugehörigkeit machen müssen.“ Gerade Letzteres könne nicht mit Verweis auf europarechtliche Vorschriften begründet werden.

Auch die Gefahr der Repersonalisierbarkeit und des Rückflusses von Daten vor allem bei den kommunalen Erhebungsstellen in die Verwaltung infolge der zu erwartenden zeitweiligen Abstellung von Mitarbeitern aus Behörden, sei keinesfalls ausgeschlossen. „In Anbetracht der heute schon absehbaren geringfügigen Korrektur der Einwohnerzahl, die dann immer noch keine genaue Angabe beinhaltet, und deren eher marginalen Nutzen steht der Grundrechtseingriff und der Kostenaufwand in keinem Verhältnis“, sagte die Abgeordnete.

DIE LINKE-Fraktion wird weiterhin gegen die Volkszählung 2011 protestieren. Am 3. November werden Dr. Rolf Gössner vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und ein Vertreter des gegen den Zensus vor dem Bundesverfassungsgericht klagenden AK Vorratsdatenspeicherung in der Fraktionssit-

zung der LINKEN erwartet, nachdem sie am Vortag auf einer Veranstaltung in Jena auftreten werden. „Nun müssen - wie bereits 1983 - das Bundesverfassungsgericht und ziviler Ungehorsam diese Art der Volkszählung stoppen“, resümiert Renner mit Blick auf die im Jahr 1983 in der BRD geplante Volkszählung. „Am Ende der rechtlichen und politischen Auseinandersetzung entstand das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“, erinnerte Martina Renner. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.